

QUARTALSBERICHT

Projektland: Thailand/Laos

Quartal/Jahr: I/2011

SCHLAGZEILEN

1. **THAILAND: PARLAMENTSWAHLEN ODER PUTSCH ?**
2. **LAOS: STAUDAMM-PROJEKT IN DER KRITIK**

THAILAND

PARLAMENTSWAHLEN ODER PUTSCH ?

Für den Moment scheint es beschlossene Sache, dass es im Juni oder Juli in Thailand zu vorgezogenen Parlamentswahlen kommen wird. Für Premierminister Abhisit Vejjajiva und seine Democrat Party (DP) sind Wahlen unausweichlich, da der Regierungszeitraum de jure ohnehin im Dezember enden wird.

Ein konkreter Termin für die Wahlen ist aber bis jetzt immer noch nicht offiziell bekannt gegeben worden. Wohl aber hielten sich über den gesamten Berichtszeitraum hinweg anhaltende Gerüchte über eine kurz bevorstehende Machtübernahme durch das Militär.

FRAGILE ALLIANZ

Trotz wohl klingender Wahlversprechen scheinen Abhisits Chancen für einen Wahlerfolg geringer zu werden. Die „inoffizielle“ Eröffnung seiner Wahlkampfkampagne am 5. März in Bangkok las sich inhaltlich wie eine Kopie vergleichbarer Auftritte des im Jahr 2006 gestürzten Ex-Premierministers Thaksin Shinawatra. Die vielfach als populistisch gescholtene Thaksin-Politik erfuhr in Abhisits Worten eine fast deckungsgleiche Wiederauferstehung. Er versprach im Falle eines Wahlsieges die schrittweise Anhebung der Mindestlöhne um 25 % in den kommenden 2 Jahren, das Land ökonomisch nach vorne bringen zu wollen und für eine landesweite Verbesserung der individuellen Lebensqualität Sorge zu tragen. Für die Anhänger der DP mögen dies visionäre Vorstellungen gewesen sein. Für die Sympathisanten der

oppositionellen und Thaksin nahe stehenden Puea Thai-Partei und der ihr angebotenen außerparlamentarischen Bewegung der „Rothemden“ bedeuteten diese Ausführungen aber nichts Anderes als das, was man unter der Amtsführung Thaksins als Regierungschef bereits real hätte spüren können.

Abhisits zwischenzeitlich demonstrierter Enthusiasmus und Optimismus, einen Wahlsieg komfortabel einfahren zu können, hat vor dem Hintergrund der sich zu seinen Ungunsten verändernden Mehrheitsverhältnisse unter den Wählern in Thailand deutlich abgenommen. Auch wird es immer offensichtlicher, dass die ihm und der DP bis zum Jahreswechsel 2010/2011 förderliche Allianz mit den „Gelbhemden“ der außerparlamentarischen People's Alliance for Democracy (PAD) und dem Militär offenbar stark an Unterstützung verloren und sogar ins Gegenteil umgewandelt hat. Jene Kräfte, die noch zum Ende des Jahres 2010 erfolgreich mitwirkten an der Verhinderung einer drohenden Auflösung der DP wegen missbräuchlicher Verwendung von Spendenmitteln.

Bereits zum Jahresbeginn begann die PAD mit öffentlich vorgetragenen Anschuldigungen und Demonstrationen gegen die DP-geführte Regierung insbesondere im Hinblick auf deren, den Gelbhemden zu „weich“ erscheinenden Umgang mit offenen Streitfragen im Zusammenhang mit den divergierenden Territorialansprüchen im Grenzgebiet um den Tempel Preah Vihar gegenüber Kambodscha.

Im Februar musste sich zudem Premierminister Abhisit hartnäckiger Nachfragen im Parlament erwehren, ob der in Großbritannien gebürtige Politiker die britische Nationalität halte. Eingedenk der blutigen Niederschlagung der Demonstrationen der Rothemden von April/Mai im Jahr 2010 könne der Anwalt des Ex-Premiers Thaksin, Robert Amsterdam, gegen Abhisit – so er denn britischer Nationalität sei - Klage wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit vor einem Internationalen Strafgerichtshof führen. Abhisit bestritt dies und versicherte, dass er für die Einreise in Großbritannien ein Visum benötige.

Zugeständnisse musste die Regierung auch gegenüber dem Militär machen. Es billigte zwar den Schritt der Abhisit-Administration, den Außenminister und weitere Vertreter Indonesiens als Mediatoren in den Prozess der Lösungsfindung der thailändisch-kambodschanischen Grenzstreitigkeiten zuzulassen. Einer von der thailändischen Regierung favorisierten Inspektionsreise einer entsprechenden indonesischen Delegation zu Vermittlungszwecken in die strittigen Grenzgebiete stimmte das thailändische Militär unter Vorgabe seiner Hoheitsansprüche und deren Verteidigung aber nicht zu. Die Regierung fügte sich dem Spruch des Militärs eher klaglos.

Ebenso war auch die Mitte März angesetzte parlamentarische Misstrauensdebatte gegen Abhisit und weitere 9 Mitglieder seines Kabinetts Ausdruck der zunehmenden Abwendung der außerparlamentarischen Kräfte, die bislang die DP und ihre Koalitionspartner unterstützt hatten. Anlässe für die Befragung durch die

Parlamentsopposition boten der Premierminister selbst als auch sein Vize Suthep Thangsuban (v.a. wegen schlechter Regierungsführung im Fall der blutigen Niederschlagung der Demonstrationen der Rothemden und Versagens in der Bekämpfung der Aufständischen im Süden Thailands). Außenminister Kasit Piromya wurden Fehler im Umgang mit dem thai-kambodschanischen Grenzkonflikt vorgeworfen. Weitere Vorwürfe, die im Besonderen Irregularien bei diversen Regierungsgeschäften und Ausschreibungen bis hin zu Korruption zum Inhalt hatten, richteten sich an den Finanzminister, an den Minister im Büro des Premierministers, an die Minister der Ressorts Information und Kommunikationstechnologie, Inneres, Transport, Handel sowie an den Vize-Minister des Landwirtschaftsministeriums. Mit der Koalitionsmehrheit konnte zwar in allen Fällen ein Misstrauensvotum abgewendet werden, nichtsdestotrotz hinterließen die befragten Mitglieder der Regierung - aufgrund wenig überzeugender Klarstellungs- und Rechtfertigungsbemühungen - kein gutes Bild.

KEINE INTERIMSREGIERUNG – ODER DOCH ?

Kurz nach der Misstrauensdebatte wurden Inhalte eines Treffens namentlich nicht genannter „honoriger“ Personen aus der Bangkokker Elite bekannt, die sich im Hause einer „höchst respektablen“ Persönlichkeit in der Sukhumvit-Gegend Bangkoks getroffen hätten.

Die Runde sei unter dem Eindruck vor allem der innenpolitischen Probleme Thailands zu dem Ergebnis gekommen, dass die Einsetzung einer Interimsregierung ohne Wahlen und politische Parteien für Thailand derzeit wohl das Beste sei. Nur dürfe dieser Schritt keinesfalls einhergehen mit einem realen Militärputsch. Dieser solle „geräuschlos“ durch das Militär im Rückraum initiiert und nach Außen durch die respektablen Persönlichkeiten geführt ablaufen. Wenn danach die gravierendsten politischen Probleme ausgeräumt seien, könne man zu einem Zeitpunkt X wieder zu demokratischen Wahlen zurückkehren.

Anschließende öffentliche Meinungsäußerungen und Kommentare zu dieser Meldung zeigten eine bemerkenswert moderat vorgetragene, aber dezidiert ablehnende Kritik. Auch wird in der breiten Öffentlichkeit generell ein derartiger Plan nicht gut geheißen. Die wirtschaftlichen und sozialen Einbußen nach dem Putsch von 2006 sind in der Bevölkerung noch in allzu guter Erinnerung; eine eindeutige Mehrheit in Thailand will eine Regierung auf der Grundlage demokratisch durchgeführter Wahlen.

Erst kürzlich schlossen die Führer des Militärs jedwede Putschabsichten aus. Eine endgültige Versicherung mag dies aber nicht bedeuten. Auch 2006 hatten die Militärs bekräftigt, eine militärische Intervention sei nicht geplant. Nur wenige Tage später wurde Premierminister Thaksin durch einen Militärputsch seines Amtes enthoben.

Für weiteren Zündstoff wird aber sicherlich die endgültige Beantwortung der Frage sorgen, wer die oppositionelle und die de facto von Thaksin geführte und finanziell

unterstützte Puea Thai-Partei als Spitzenkandidat für die Wahlen vertritt. So, wie es momentan aussieht, scheint es, als habe sich Thaksin bereits unumstößlich festgelegt und in der Sache im Rahmen von Diskussionen in seinem Exil in Dubai mit der Parteiführung der Puea Thai auch Einvernehmen erreichen können. Der in der Bangkokener Aristokratie ungeliebte Ex-Premier favorisiert als Spitzenkandidatin der Partei seine jüngste Schwester Yingluck Shinawatra. Yingluck, zurzeit Vorsitzende einer Teilfirma im Shinawatra-Wirtschaftsimperium, sind aufgrund der hohen Sympathien in der Bevölkerung für (Thaksins) Puea Thai-Partei durchaus gute Chancen einzuräumen, die Wahlen zu gewinnen und so als erste Frau in Thailand das Amt des Premierministers zu bekleiden. Andererseits würde dies aber mit Sicherheit auch bedeuten, dass Thaksins Einfluss auf die Tagespolitik in Thailand seit seiner Amtsenthebung größer als je zuvor sein würde. Vor diesem Hintergrund erhalten Putschgerüchte wieder zusätzlich Nahrung.

LAOS

STAUDAMM-PROJEKT IN DER KRITIK

Im mittleren Westen Laos' soll in Kürze mit den Vorbereitungen zum Bau des Xayaburi-Staudammes begonnen werden.

Der mit 3,5 Milliarden US-Dollar veranschlagte Staudammbau nebst Kraftwerk ist ein Gemeinschaftsprojekt der laotischen Regierung und eines thailändischen Energieproduzenten. Das Projekt soll das erste von insgesamt 11 geplanten Wasserkraftanlagen am Unterlauf des Mekongs sein. Vor allem Thailand verspricht sich billige und reichhaltig zur Verfügung stehende Energie auf Jahre hinaus.

Massiv Einspruch gegen die Implementierung des Xayaburi-Dammes haben die Regierungen von Vietnam und Kambodscha erhoben. Sie machen insbesondere geltend, dass der Fluss in seinem unteren Lauf die Lebensader für 40 Millionen Menschen darstellt. Auch Umweltexperten sehen Gefährdungen im Hinblick auf drastische Störungen des Wasserhaushaltes und damit für die gesamte Umwelt der Region. Ebenso plädiert die multinationale Mekong River Commission für neuerliche Untersuchungen und Expertisen, welche konkreten ökologischen Folgen aus der Verwirklichung des Staudammbaus resultieren können.

Laos und Thailand möchten unbedingt das Projekt realisiert sehen, wobei sich die berechnete Frage erhebt, ob Thailands Energiebedarf nicht schon jetzt ausreichend ist. Umweltexperten rechneten vor, dass der Energiebedarf des Königreiches im Jahr 2009 im Maximum bei 22.045 Megawatt lag. Zur Verfügung standen aber über 29.000 Megawatt, also eine Reserve von nahezu 30 %.

Karl-Peter Schönfisch

Der Autor ist Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Bangkok, Thailand

IMPRESSUM

Erstellt: 14.04.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D.,
Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de